Deutscher Bundestag **Drucksache 17/6435**

17. Wahlperiode 05. 07. 2011

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung (1. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Elke Ferner, Monika Lazar, Cornelia Möhring, Agnes Alpers, Kerstin Andreae, Sabine Bätzing-Lichtenthäler, Doris Barnett, Bärbel Bas, Marieluise Beck (Bremen), Cornelia Behm, Birgitt Bender, Karin Binder, Dr. Martina Bunge, Ulla Burchardt, Viola von Cramon-Taubadel, Petra Crone, Ekin Deligöz, Heidrun Dittrich, Katja Dörner, Elvira Drobinski-Weiß, Dr. Dagmar Enkelmann, Petra Ernstberger, Karin Evers-Meyer, Gabriele Fograscher, Dagmar Freitag, Iris Gleicke, Katrin Göring-Eckardt, Diana Golze, Ulrike Gottschalck, Angelika Graf (Rosenheim), Kerstin Griese, Annette Groth, Heike Hänsel, Bettina Hagedorn, Britta Haßelmann, Dr. Barbara Hendricks, Bettina Herlitzius, Gabriele Hiller-Ohm, Petra Hinz (Essen), Priska Hinz (Herborn), Ulrike Höfken, Inge Höger, Dr. Eva Högl, Bärbel Höhn, Dr. Barbara Höll, Ingrid Hönlinger, Christel Humme, Ulla Jelpke, Dr. h. c. Susanne Kastner, Katja Keul, Katja Kipping, Maria Klein-Schmeink, Ute Koczy, Dr. Bärbel Kofler, Daniela Kolbe (Leipzig), Sylvia Kotting-Uhl, Anette Kramme, Jutta Krellmann, Nicolette Kressl, Angelika Krüger-Leißner, Agnes Krumwiede, Renate Künast, Ute Kumpf, Katrin Kunert, Undine Kurth (Quedlinburg), Christine Lambrecht, Sabine Leidig, Gabriele Lösekrug-Möller, Ulla Lötzer, Kirsten Lühmann, Nicole Maisch, Agnes Malczak, Caren Marks, Katja Mast, Hilde Mattheis, Dorothee Menzner, Petra Merkel (Berlin), Kornelia Möller, Kerstin Müller (Köln), Beate Müller-Gemmeke, Andrea Nahles, Ingrid Nestle, Aydan Özoğuz, Petra Pau, Lisa Paus, Brigitte Pothmer, Mechthild Rawert, Dr. Carola Reimann, Ingrid Remmers, Tabea Rößner, Claudia Roth (Augsburg), Karin Roth (Esslingen), Marlene Rupprecht (Tuchenbach), Krista Sager, Elisabeth Scharfenberg, Christine Scheel, Marianne Schieder (Schwandorf), Ulla Schmidt (Aachen), Silvia Schmidt (Eisleben), Rita Schwarzelühr-Sutter, Kathrin Senger-Schäfer, Dr. Petra Sitte, Sonja Steffen, Dorothea Steiner, Kersten Steinke, Sabine Stüber, Kerstin Tack, Dr. Kirsten Tackmann, Kathrin Vogler, Ute Vogt, Dr. Marlies Volkmer, Daniela Wagner, Halina Wawzyniak, Andrea Wicklein, Heidemarie Wieczorek-Zeul, Dr. Valerie Wilms, Uta Zapf, Dagmar Ziegler, Brigitte Zypries
– Drucksache 17/5885 –

Erweiterung der Anzahl der Sachverständigen in der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“

A. Problem

Die Fraktionen haben in dem Einsetzungsbeschluss für die bestehende Enquete-Kommission 17 Sachverständige benannt, bei denen es sich ausschließlich um Männer handelt. Die Kommission soll nach Forderung der Antragstellerinnen um zusätzliche acht weibliche Sachverständige erweitert werden, um auch auf der Sachverständigenseite die Kompetenzen, Erfahrungen und Sichtweisen von Frauen einzubeziehen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternative

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Kosten durch zusätzliche Sachverständige.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 17/5885 abzulehnen.

Berlin, den 30. Juni 2011

Der Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung

Thomas Strobl (Heilbronn)
Vorsitzender

Bernhard Kaster
Berichterstatter

Michael Hartmann (Wackernheim)
Berichterstatter

Jörg van Essen
Berichterstatter

Dr. Dagmar Enkelmann
Berichterstatterin

Volker Beck (Köln)
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Bernhard Kaster, Michael Hartmann (Wackernheim), Jörg van Essen, Dr. Dagmar Enkelmann und Volker Beck (Köln)

1. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den von ausschließlich weiblichen Mitgliedern der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingebrachten Antrag zur Erweiterung der Anzahl der Sachverständigen in der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“ auf **Drucksache 17/5885** in der 111. Sitzung des Bundestages am 26. Mai 2011 beraten und an den Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung (1. Ausschuss) überwiesen.

2. Wesentlicher Inhalt des Antrags

In der bestehenden Enquete-Kommission soll die Zahl der 17 Sachverständigen um acht Sachverständige erweitert werden. Diese zusätzlich zu benennenden Sachverständigen sollen ausschließlich Frauen sein, um auch auf der Sachverständigenseite die Kompetenzen, Erfahrungen und Sichtweisen von Frauen einzubeziehen, da in der Kommission nur männliche Sachverständige vertreten sind. Die Fraktionen sollen die zusätzlichen acht weiblichen Sachverständigen jeweils nach dem Stärkeverhältnis benennen. Schließlich soll bei künftigen Einsetzungen von Enquete-Kommissionen die Sachverständigenseite entsprechend mit Frauen und Männern besetzt werden.

3. Beratungsverlauf und Beratungsergebnis im Ausschuss

Der **Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung** hat den Antrag in seiner 26. Sitzung in Geschäftsordnungsangelegenheiten am 30. Juni 2011 abschließend beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung empfohlen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** lehnte die Erweiterung der Enquete-Kommission um acht weitere Sachverständige als nicht erforderlich ab, da sich die Fraktionen bei der Benennung der Sachverständigen an deren Sachkompetenz und nicht dem Geschlecht orientiert hätten. Da in der Kommission auf der Seite des Bundestages unter den 17 Abgeordneten acht Frauen vertreten seien, handele es sich auch nicht um ein rein männliches Gremium. Die Fraktion der CDU/CSU habe zudem bereits für einen ausgeschiedenen Sachverständigen eine weibliche Sachverständige benannt.

Die **Fraktion der SPD** machte geltend, dass mit der Unterrepräsentation von Frauen die wichtige weibliche Perspektive in den Arbeitsfeldern der Enquete-Kommission nicht berücksichtigt würde. Außerdem verpflichte das Bundesgremienbesetzungsgesetz dazu, für eine gleichberechtigte Teilhabe von Männern und Frauen zu sorgen. Da der Frauenanteil in der Kommission dem nicht genüge, müsse die Zahl der Sachverständigen um acht Frauen erweitert werden.

Die **Fraktion der FDP** sprach sich gegen eine Aufstockung der Kommission aus. Die Initiatoren der Enquete-Kommission hätten bei der Einsetzung der Kommission die Benennung von weiblichen Sachverständigen unterlassen und nur Männer benannt. Da die Kommission seit Monaten arbeite, würde eine nachträgliche Erweiterung auch die bereits fortgeschrittene Arbeit zurückwerfen. Außerdem würde sich damit das bestehende und sinnvolle Gleichgewicht zwischen Sachverständigen und Abgeordneten einseitig zum Nachteil des Bundestages verschieben.

Die **Fraktion DIE LINKE.** forderte, dass der Bundestag den mit der Benennung ausschließlich männlicher Sachverständiger von allen Fraktionen begangenen Fehler wiedergutmachen müsse. Die jetzige Zusammensetzung spiegele nicht die gesellschaftliche Realität wieder, über die die Kommission beraten solle. Damit sich ein solcher Fehler nicht wiederhole, solle die Gleichstellung von Frauen und Männern auch bei zukünftigen Beschlüssen über Gremien dieser Art verpflichtend sein.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** bedauerte die Benennung ausschließlich männlicher Sachverständiger, die auch einen Verstoß gegen die parteiinterne Gleichstellungspolitik bedeute. Der Fehler sei zwar von der Fraktion früh erkannt worden, ein Antrag auf Änderung des Einsetzungsbeschlusses aber im Ältestenrat gescheitert. Daher müsse jetzt eine Korrektur in Form der beantragten Erweiterung der Kommission erfolgen.

Berlin, den 30. Juni 2011

Bernhard Kaster
Berichterstatter

Michael Hartmann (Wackernheim)
Berichterstatter

Jörg van Essen
Berichterstatter

Dr. Dagmar Enkelmann
Berichterstatterin

Volker Beck (Köln)
Berichterstatter

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333